

1. Er muss frei sein, seine Preiswirtschaft nach den natürlichen Gesetzen der gewerblichen Rechnung einzurichten, damit sein Soll und Haben in Ordnung bleibt;
2. er muss die Möglichkeit haben, Rohstoffe und Waren in der für seinen Betrieb erforderlichen Menge und Beschaffenheit zu kaufen;
3. er muss Freiheit im notwendigen Umfang haben, um die Einrichtungen und Hilfsmittel eines Betriebes nach den Gesetzen der gewerblichen Rentabilität handhaben zu können;
4. er muss einen ausreichenden Spielraum haben, um seinen Absatz nach den Notwendigkeiten seines Geschäftes einzurichten.

Die staatlichen Eingriffe haben in sehr vielen Berufszweigen den Betriebsleitern diese Voraussetzungen genommen. Es erscheint in diesem Augenblick wichtig, den Nachweis zu führen, dass die üblen Folgen auf die Betriebe des Handwerks und des kaufmännischen Mittelstandes dasselbe Wesen zeigen. Deshalb werden die beiden nachfolgenden Herren Berichterstatter Dr. Müsel und Dr. Pickel ihren Bericht über unsere Tätigkeit an Einzelaufgaben nach diesen vier Punkten gruppieren. Alle diese üblen Wirkungen werden noch verschärft, weil die staatlichen und kommunistischen Eingriffe grossenteils von einem offen ausgesprochenen Misstrauen gegen die Erwerbsstände diktiert und teilweise unter dem Einfluss bestimmter parteiisch gerichteter Kräfte des wirtschaftlichen und politischen Lebens entstanden sind. Ganz besonders hat der an der Nahrungsmittelverteilung arbeitende Kleinhandel zu leiden. Er hatte schon vor dem Kriege viele Feinde, die sein Existenzrecht und seine volkswirtschaftliche Unentbehrlichkeit verneinten. Und doch wird man hernach wohl bestimmt urteilen, dass es nicht leicht einen Zeitabschnitt im Leben unseres Volkes wieder geben wird, der wie der gegenwärtige in so offensichtlicher, all den Millionen Bürgern direkt fühlbarer Lehre den Nachweis liefert, eine wie fleissige, nützliche und notwendige Arbeit der Kleinhandel zu allen Zeiten geleistet hat.

Das tritt besonders deutlich in den Leistungen des sozialistischen Staates bei der Kartoffelversorgung an den Tag. Es sei hier nur kurz vorausgeschickt, dass das Reich zum erstenmal im Winter 1914/15 in die Kartoffelversorgung mit der Wirkung einer weitgehenden Störung eingriff. Das Reich hat dabei viele Millionen verloren. Der damalige Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte im Juli 1915 im Reichstage, dass er die Wiederholung dieses Experiments ablehne; er wollte die Aufgabe der Kartoffelversorgung dem dafür geschulten Berufsstand überlassen, ihn nach Möglichkeit dabei unterstützen und ihm helfen, sich von unsauberen Elementen zu befreien. Da liefen die Gewerkschaftsführer zum Reichskanzler und erhielten bestimmte Versprechungen. In einer Versammlung, die der Staatssekretär Dr. Delbrück in Düsseldorf leitete, wiederholte er in eingehender durchschlagender Begründung seine Auffassung. Die Gewerkschaftsführer hielten an ihrer Forderung fest, gingen auf die von Delbrück dargelegten Schwierigkeiten nicht ein und hatten nur die Antwort: „Der Staat muss es machen, wie, das ist seine Sache!“ Hinterher kamen dann die zahlreichen Bundesratsverordnungen, die in ihrer Gesamtheit die leicht vorauszusehende Wirkung hatten, dass die Kartoffelversorgung tatsächlich erheblich gestört wurde. Der Staatssekretär Dr. Delbrück ist gegangen. Unter seinem Nachfolger ist trotz aller üblen Erfahrungen und trotz des Fiaskos bei den Frühkartoffeln die Kartoffelversorgung für die diesjährige Ernte völlig staatssozialistisch geregelt. Die erwartete Wirkung ist wieder eingetreten, nämlich, dass die Kartoffelversorgung tatsächlich gestört ist. Es ist kein erfreuliches Bild, wenn wir jetzt sehen müssen, dass Gewerkschaften, Sozialdemokratie und sonstige Sozialtheoretiker die Verantwortung für dieses Experiment ablehnen und die Reichs- und Kommunalbehörden sowie selbstverständlich die beteiligten Berufsstände angreifen. Im Reichstage haben sich Parteien wie Regierung die vielen Schwierigkeiten vorgeführt, die die Gründe für die stockende Versorgung abgeben. Demgegenüber sei hier mit allem Nachdruck hervorgehoben, dass diese Schwierigkeiten auch in Friedensjahren, wenn auch nicht in dem heutigen Umfange, bestanden haben. Auch im Frieden ist der Landwirt zu der Zeit der Kartoffelernte mit vielen Feldbestell-

arbeiten beschäftigt und kann seine Arbeitskraft und seine Transportmittel nur beschränkt zur Verfügung stellen. Der Kartoffelhandel hat sich auf diese Schwierigkeiten eingerichtet und im grossen Umfange schon Monate vorher die Kartoffelfelder aufgekauft, die nötigen Arbeitskräfte zum Ausmachen der Kartoffeln sowie das Fuhrwerk sichergestellt, damit er zur rechten Zeit die Kartoffeln tatsächlich in die Hand bekommen und den städtischen Bürgern austeilten konnte. Wir erkennen erst heute, welche ungeheure Leistung der Kartoffelhandel Jahr um Jahr vollbracht hat, weil er doch die Kartoffelversorgung der Städte tatsächlich immer ordnungsmässig durchgeführt hat. Er hat die dazu erforderliche Kraft hervorrufen können, indem er auf den Wegen des gewerblichen Verkehrs sich den freien Willen der Menschen sicherte, die er zur Lösung seiner Aufgabe bewegen musste, ihre Arbeitskraft oder ihre Transportmittel zur Verfügung zu stellen. Auf diesen Wegen hätte der Kartoffelhandel auch im Kriege die Kraft unzweifelhaft lebendig gemacht, die erforderlich ist, um den um mehr als das Doppelte gestiegenen Kartoffelbedarf der Städte tatsächlich zu befriedigen. Der Staat hat nun versucht, die Kartoffelversorgung durch zwangsweise in Bewegung gesetzte Menschen zu regeln. Und hier in diesem Punkte liegt das Wesen der Sache. Niemals werden zwangsweise in Bewegung gesetzte Menschen mehr als höchstens ein Drittel der Kraft entfalten, die Menschen entwickeln, welche auf Grund des freien Willens handeln. Deshalb ist es auch gänzlich irrig, wenn gehofft und behauptet wird, es seien nur noch Schwierigkeiten in der Organisation zu überwinden, dann würde der sozialistische Staat die Kartoffelversorgung vollständig lösen. Vielmehr steht heute fest, dass der sozialistische Staat das leistet, was er zu leisten imstande ist; mehr kann er nicht leisten, jetzt nicht und nicht in aller Zukunft. Im Gegenteil: das vaterländische Gewissen, das heute lebendig ist, gibt eine ungeheure freiwillige Kraft ab. Diese Kraft wird in Friedenszeiten fast vollständig fortfallen. Was hier in dem Beispiel der Kartoffelversorgung gesagt ist, trifft dem Wesen nach auf alle Zweige der staatssozialistischen Wirtschaft mehr oder weniger zu.

Schon am 4. August 1914 hat der Reichsdeutsche Mittelstandsverband alle Berufsorganisationen des Mittelstandes aufgefordert, ihren Einfluss und ihre Kraft der Regierung zur Verfügung zu stellen. Wie hätten wir wohl anders gekonnt? Es liegt in unserer ganzen Denkweise, die Regierung zu unterstützen. Zahlreiche Vorschläge wichtigster Art, teilweise mit der Landwirtschaft zusammen, haben wir der Regierung unterbreitet. Hierbei haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, die Berufsorganisationen hätten sich vorzusetzen, die Aufgabe der Volksversorgung nach den Anweisungen der Regierung im Wege der Selbstverwaltung ihrer Mitglieder zu lösen. Wir sind sicher, dass bei der Verwirklichung unserer Vorschläge die Versorgung sich besser gestaltet hätte, und zwar aus dem Grunde, weil den Geschäftsbetrieben zwar einschränkende Grenzen gezogen waren, die aber noch ausgereicht hätten, die Kräfte in Bewegung zu halten, die aus der selbständigen Betriebsleitung fliessen und das volkswirtschaftliche Leben treiben. Nur bei der Mehl- und Brotversorgung sind unsere Vorschläge im grossen und ganzen verwirklicht worden. Zu der Zeit war das Ohr der Regierung für die Vorschläge der Berufsstände noch offen. Seitdem aber die Regierung geglaubt hat, die Vorschläge der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Kathedersozialisten befolgen zu müssen, hatte sie sich der Möglichkeit beraubt, den Vorschlägen der Berufsstände zu folgen. Immer mehr unverhüllt ist uns seitdem das direkt ausgesprochene Misstrauen von Behörden gegen die Erwerbsstände entgegengetreten. Dieses Misstrauen versteht den Geist, der in den Gewerben herrscht und herrschen muss, nicht im entferntesten. Bei solchen Umständen mussten die mühevollen Versuche, behördliche Personen fachlich aufzuklären und für unsere Anschauungen zu gewinnen, ebenso vergeblich sein wie bei den Gewerkschaftsführern. Der deutsche Gewerbeleiss, der unser blühendes volkswirtschaftliches Leben aufgebaut hatte, wird heute in Bausch und Bogen profitwütig und unfähig, ja teilweise unwürdig erklärt, an der Volksversorgung weiter zu arbeiten.

Dies Geschehnis ist von überwältigender Tragweite. So bitter die Gefühle sein mögen, von denen die beteiligten Berufsstände